

Annanurger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal, am Mittwoch
Sonntag (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und
die Briefträger, die Zeitungsboten und die
Verkaufsstellen, Toragewerke 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Verkehrs-
störungen u. dgl. erfolgt jeder Anpruch auf Lie-
ferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. März
höhen Raum 5 Goldpfennig, für außer-
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im
amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil
15 Goldpfennig, einfach, umfänglicher, Scherz-
und lakonischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgschwarzl.

Nr. 21.

Sonnabend, den 13. März 1926.

29. Jahrg.

Keine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsch-nachbarliche Reichsstaatsratifikation hat gegen den Reichsminister einen Mißtrauensantrag eingebracht.
* Im Reichsstaatsratium steht die Not der Ringer wurde die Aufhebung der Weisung beschlossen.

* Mit einem neuerlichen Verfahren erlangen Schauspielerische in Berlin Befreiung. Sie liegen auf der Straße gewaltige Sprengkörper erprobten und raubten in der entkommenen Verbindung einen in der Nähe liegenden Jüwelersladen aus.

* In Genf hat sich die Lage erneut durch die Salzung Brasiliens ändert, das der Verteilung eines Stipes im Völkerbund an Deutschland nun dann zustimmen will, wenn auch Brasilien einen Ratifiziert.

* Alle Voraussetzungen sind erfüllt, die belästigen Behörden nicht, den in die Kautschuk-Affäre verwickelten Holzmann an die deutschen Gerichte auszuliefern.

Organisation der Arbeit.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist in Begleitung einiger seiner Mitarbeiter nach London abgereist, um an der am 15. März d. J. in London stattfindenden Konferenz der europäischen Reichsarbeitsminister teilzunehmen. Das wienische Nachrichtenblatt "die Presse" berichtet, daß der Friedensvertrag enthält in seinem 13. Teil sehr umfangreiche Bestimmungen über die "Organisation der Arbeit". Er enthält sehr weitgehende Richtlinien sozialpolitischer Art, wie Regelung der Arbeitszeit, des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit, Sicherstellung des Lohnes und angemessene Arbeitsbedingungen. Schutz der Kinder-, Jugendlichen- und Frauenarbeit ist ein großer Teil. Dinge, die uns weniger interessieren, weil sie in Deutschland längst durchgeführt sind, Neu war nur die Schaffung des Internationalen Arbeitsbundes in Genf, bei dem übrigens Deutschland schon jetzt vertreten ist, auch ohne Mitgliedschaft des Völkerbundes zu sein, obwohl das Arbeitsbündnis auch Bestandteil des Bundes ist. Die Kardinalfrage ist der Arbeit im Weltwirtschaftsausschuss, jene Forderung, die durch Karl Marx, den Lehrmeister der Sozialdemokratie, tief in die Massen hineingetragen worden ist und zu einer Art Wallfahrt wurde, so sehr, daß dabei nicht nur das wirtschaftlich-sozialpolitische Ziel und darüber eine Rolle spielt, sondern auch das klassenpolitische. Dadurch wird die Regelung dieser Frage zu einer der wichtigsten Aufgaben der nächsten Weltwirtschaftskonferenz, die sich grundlegend nur grundlegend — auf den Boden der achtstündigen Arbeitszeit stellt, bisher noch von keinem Staat ratifiziert worden ist, so ist es eben darum, weil man nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch gegensätzlicher Meinung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist. Die deutschen Gewerkschaften verlangen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, die auf der internationalen Konferenz in London verhandelt werden soll. Die deutsche Arbeitgeberchaft führt gegen den schematischen Arbeitsarbeitsvertrag allgemeinen-wirtschaftlichen Gründe an, dann aber auch den Einwand, Deutschland habe derzeit erhebliche finanzielle Verpflichtungen an die Entente-mächte, das diese Verpflichtungen nur durch beschleunigte Produktion erfüllt werden können. Diesen Erwägungen wird von der anderen Seite entgegengehalten, daß Verlängerung der Arbeitszeit gar nicht identisch sei mit erhöhter Rentabilität der Arbeit — was eine auf rein experimentell-wissenschaftlichen Boden zu lösende Streitfrage ist. Man sucht verlässigerweise dem jetzt bekanntem durch Unterzeichnung in der Qualität der Arbeit selbst, dann durch Unterzeichnung zwischen Arbeit und Arbeitbereitschaft.

Wenn jetzt der deutsche Arbeitsminister Dr. Brauns nach London gefahren ist, so stößt er aber dort noch auf eine andere Schwierigkeit: fast jeder Staat erklärt, er würde das Washingtoner Abkommen ganz gern ratifizieren, wenn erst — die anderen es ratifiziert haben. Dazu kommt noch die Schwierigkeit, daß z. B. Frankreich und Belgien Arbeitszeitbestimmungen besitzen, die ungleich mit dem Abkommen zu vereinbaren sind, aber weit über die 48-Stunden-Arbeitswoche hinausgehen, weil sie der Möglichkeit, überstunden einzuschalten, weite Spielräume geben.

Ganz abgesehen von den besonderen internationalen Verpflichtungen Deutschlands und den daraus sich ergebenden Folgen müßte aber die Frage der Arbeitszeit überhaupt nicht gefördert betrachtet, sondern müßte in die Gesamte Sozialpolitik hineingefügt werden. Daraus folgt aber ohne weiteres, daß auch die anderen Staaten jene sozialpolitischen Fortschritte nachzuholen haben, die Deutschland schon längst getan hat; daß sie die gleichen sozialpolitischen Leistungen auf sich nehmen wie die deutsche Wirtschaft. Nur unter dieser Bedingung kann man an

das Problem der internationalen Kontrolle herangehen, das natürlich sehr schwierig ist. Andere Schwierigkeiten auch bei der Regelung der Arbeitszeitfrage sind z. B. die klimatisch-geographischen Verhältnisse, die sich namentlich bei der Saisonarbeit auswirken, ferner die Verhältnisse der Wirtschaft, weiter die Verhältnisse der Sonntagsarbeit usw.

Die Londoner Konferenz stellt also die Aufgabe vor sich, den natürlich sehr weit gefassten Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zunächst einmal eine Art von einheitlicher Auslegung zu geben, also sozusagen einen Kommentar dazu zu vereinbaren. Das ist auch deswegen notwendig, weil nur in Deutschland mühen drin sind in einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeitfrage, worauf natürlich die Bewilligung der Londoner Konferenz von sehr erheblichem Einfluß sein müssen.

Neue Völkerbundreise.

Brasilien als Störenfried.

Der Botschaftsleiter auf dem Eis.

Die Aufnahmekommission des Völkerbundes hat am Donnerstag vormittag in einer kurzen Sitzung den ihr vom Untersuchungs-Vorgelegten Bericht über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ohne Ausnahme einstimmig genehmigt. Der Vorsitzende der Aufnahmekommission, der englische Außenminister Chamberlain, wird der Vollversammlung des Völkerbundes über diesen Beschluß Bericht erstatten. Damit sind die vorbereitenden Verhandlungen für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund abgeschlossen und es steht nunmehr der Vollversammlung offen, die Aufnahme Deutschlands mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen. Von den weiteren Verhandlungen über die Erweiterung des Rates wird die Einberufung dieser Versammlung abhängen.

Allerdings ist es noch immer fraglich, ob Deutschland überhaupt sein Einverständnis in den Völkerbund aufnehmen wird, da der Kampf um die Ratifizierung mit wechsellagerndem Fortschritt weitergeführt wird. Der Generaldirektor der "Reit Pariser" meldet, daß der Konflikt in Genf weit über die deutschen Forderungen hinausgewachsen ist. Es handelt sich jetzt nicht mehr um einen Zweikampf zwischen Frankreich und seinen Freunden einerseits und Deutschland andererseits, sondern um eine ernste Verfassungskrise, die das ganze Gebäude des Völkerbundes zu zerfallen droht. Der Zee, den der Generaldirektor des Völkerbundes den Mitgliedern des Völkerbundes gegeben hat, ist durch die russische Verfassungskrise zu zerfallen. Der schwedische Delegierte Lund hat im Verlaufe der Aussprache, die über die Ratifizierung des Völkerbundes und erklärt, Schweden werde gegen jede Erweiterung des Rates über Deutschland hinaus sein Veto einlegen. Diese Stellungnahme sei notwendig und unerlässlich. Der brasilianische Delegierte erklärte daraufhin, daß Brasilien in diesem Falle nicht nur aus dem Völkerbund aussteigen, sondern auch sein Veto gegen die Aufnahme Deutschlands einlegen werde.

Schwere Komplikation.

In der Tat ist durch die Stellungnahme Brasiliens in Genf eine schwere Komplikation der Lage eingetreten. Der Vertreter Brasiliens hat sowohl dem französischen Ministerpräsidenten Briand, der sich wieder in Genf eingefunden hat, wie dem Reichsstaten Dr. Luther eine dahingehende Erklärung abgegeben, daß die brasilianische Delegation die Zustimmung habe, gegen den schwedischen Ratifizierentscheid zu stimmen, wenn nicht zugleich für Brasilien ein fester Ratifiziert festgestellt werde. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß Brasilien seinerzeit auch gegen die Verteilung eines Ratifiziert an Spanien gestimmt hat und hierdurch den spanischen Anspruch vereitelt. In Völkerbundreisen, die gute Beziehungen zur deutschen Delegation unterhalten, wird darauf hingewiesen, daß, wenn Brasilien mit seinem Einverständnis gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu stimmen würde, der nur unter der Voraussetzung der Zustimmung eines festeren Ratifiziert für Deutschland gestellt worden ist. Zudem hat Brasilien gedrängt, aus dem Völkerbund auszusteigen und den Handelsvertrag mit Schweden zu kündigen, falls seine Forderungen nicht erfüllt würden.

Briand soll helfen!

In Völkerbundreisen sind jetzt aller Arten von Briand gerichtet, der Verteidigung mit Chamberlain sowie dem spanischen und politischen Vertreter hatte. Man hofft, daß es seiner Autorität und seiner Überzeugungskraft gelingen wird, irgendeinen Ausweg aus der Krise zu finden. Briand wird in seinen Bemühungen natürlich von Chamberlain unterstützt, der sich selbstverständlich ziemlich im Hintergrund hält.

Die nächste Sitzung der Völkerbundversammlung ist auf Sonnabend mittag angesetzt worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht jedoch vorläufig nur die Frage der Errichtung eines Vermittlungsgedäudes für den Völkerbund.

Die Abfindung der Fürstendhäuser.

Kompromittierung der Regierungsparteien. Das Kompromitt der Regierungsparteien über die Fürstenabfindung, das in den letzten Tagen im Reichspräsidentenamt in Gelebesform geliebt worden ist, liegt jetzt im Borslaut vor. Der Borslaut best. sich inhaltlich mit der Vereinbarung, die vor Beginn des Volksbegehrens zwischen den Führern der beteiligten Parteien getroffen worden sind: ein Reichsgericht, dessen Sitz in Leipzig und dessen Vorsitzender der Reichspräsident ist und dem acht weitere Mitglieder angehören, von denen vier Berufs- und vier Laienrichter sein müssen, entscheidet als einzige Instanz über alle Auseinandersetzungen zwischen Fürsten und vormals regierenden Fürstendhäusern. Die Verhandlungen vor diesem Sondergericht sind öffentlich und rechtskräftig für und gegen alle Mitglieder der Fürstendhäuser, auch wenn sie eine Beteiligung an dem Verfahren abgelehnt haben. Das Sondergericht soll in allen Fällen zunächst einen Gutachten ausstellen. Soweit der Borslaut, so bestimmt das Gericht das Verfahren nach freiem Ermessen.

Apfaltsprüche oder Rentensahlungen, die auf Grund eines Urteils des Sondergerichts über auf Grund eines Vergleiches von einem Land an ein vormals regierendes Fürstentum oder eines seiner Mitglieder zu zahlen sind, dürfen von der empfangsberechtigten Partei bis 1930 nur für ihre privatrechtlichen Bedürfnisse oder für wohltätigen oder kulturellen Zwecken verwendet werden. Bis 1930 ist auch die Unterbringung eines ausgeübten Kapitals im Ausland nur mit Genehmigung des Landes zulässig. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verpflichtungen kann das Land die Rente oder das Kapital ganz oder teilweise einbehalten, oder ein bereits gezahltes Kapital sogar zurückfordern.

Dollschicks Rundschau.

Deutsches Reich.

Hierabend beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hatte Einladungen zu einem Hierabend ergehen lassen, der die Spitzen des politischen, wirtschaftlichen und künstlerischen Lebens der Reichshauptstadt in den Festäumen des Reichspräsidentenbauhauses vereinigte. Es waren u. a. erschienen sämtliche in Berlin weilenden Reichsminister und preussischen Staatsminister, der Chef der Heeresleitung, die Staatssekretäre des Reichs und Preußens, die Mitglieder des Reichsrats, mehr als hundert Abgeordnete, die früheren Reichs- und Staatsminister, die führenden Vertreter der Hofkapelle, des Sängers und der Industrie sowie der Gewerkschaften und der Presse. Von Staatssekretär Dr. Meißner unterstützt, begrüßte der Reichspräsident alle seine Gäste aufs lebenswürdigste. Die politische Unterhaltung war überaus angeregt.

Die Eintragung beim Volksbegehren.

Es ist die Frage aufgetaucht, ob eine beim Volksbegehren im Abstimmungsverfahren abgegebene Unterschrift vom Unterzeichner zurückgegeben werden kann. Das Reichsministerium des Innern teilt hierzu mit, daß eine solche Zurücknahme der einmal abgegebenen Unterschrift überhaupt nicht möglich ist wie bei einer Wahl die Stimmabgabe zurückgegeben oder geändert werden kann.

Der Bischof von Passau gegen den Volkssensibil.

Die Passauer Donanzettlung veröffentlicht eine Kundgebung des Bischofs Sigismund Petz zur Hirtenweisung, in der es heißt: Als beruflicher Hüter des göttlichen Sittengesetzes obliegt mir die Pflicht, mit aller Entscheidung zu erklären, daß in der Beteiligung an diesem Volksbegehren eine Veräußerung, und zwar, wenn die Beteiligung eine überlegte und absichtliche ist, eine schwere Veräußerung gegen das heilige Gebot Gottes gelegen ist. Die Durchföhrung eines solchen Begehrens wäre der erste Schritt zur Aufhebung des Eigentums überhaupt und es wäre damit auch der Voraussetzung der Kirchen-, kirchlichen Anstalten und Stiftungen sowie der wirtschaftlichen Entzietnung jeden Privatbe-

Nah und Fern.

Eröffnung der Breslauer Frühjahrsmesse. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Breslauer Messegesellschaft...

Zusammenstoß in Breslau. Während der Demonstration gegen die Festsitzabfindung ist es in Breslau zu Zusammenstößen gekommen.

Schwerer Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof O l m ü h in Wätern wurden drei Eisenbahnarbeiter durch den plötzlich ausströmenden Dampf einer Lokomotive verbrüht.

Auffindung eines alten Friedhofes. Bei Anlage einer Heizstation am Moritzplatz in O l m ü h wurden 40 Zentimeter unter dem Pflaster Tümpel von Menschengräbern entdeckt.

Aber hundert Kriegergräber in Frankfurt zerfällt. Arbeiter, die mit Ausbesserungsarbeiten am Rande des englischen Soldatenfriedhofes bei T h i e y u a l beschäftigt waren, fanden im Sande vergrabene Eisen Draht, den sie herauszureißen vertriehen.

Die eigene Todesanzeige verhandelt gemacht. Im Nachhinein eines Bundesrats Theobald Guerin, der im Krankenhaus in Paris starb, fand man ein Paket Briefe vor, die an seine Freunde adressiert waren.

Tragödie in einem französischen Lazarett. Eine blutige Tragödie spielte sich im Militär Lazarett in Bordenau ab. Ein Königsschiffe tötete ohne ersichtlichen Grund einen Matrosen, der an seinem Bett vorüberging.

Das berühmte Schloßpavillon-Theater in Straßburg an Abzug ist durch Feuer zerstört worden. Von dem Gebäude sind nur noch die Mauern übriggeblieben.

Ein Schloß mißfiel abzugeben. Der berühmte Fußballspieler Ein Sergeant, der mit einem Palanquin bewaffnet herbeikam, wurde von dem Kaiser gleichfalls durch einen Dolchstoß schwer verletzt.

Kanada eine Herbstzeitigkeit ausfindet, erklärt sich unerschrocken und schamlos im Frühling den Platz weiterzubehalten. Er bietet das Schloß mißfiel aus, jedoch möchte der betreffende Bewohner die Steuern usw. bezahlen sowie das Personal unterhalten.

Sturmstroläcker im Golf von Neapel. Die Kähle von Eijillen und der Golf von Neapel wurden von schweren Stürmen heimgesucht, die 11 Todesopfer forderten.

Bestelltes Attentat auf den Berlin-Münchener Schnellzug. Die Reichsbahndirektion München teilt mit: In der Nacht vom 7. zum 8. März wurden fälschlich der Station München-Nockherd, etwa 150 Meter vor dem Einfahrtsignal in der Nähe der Hartmannshofer Auerfahrt, zwei Eisenbahnstühle quer über das Gleis gelegt.

Organisierte Diebstahlbande. Als Urheber von zahllosen Verbrechen und Schandthaten sind die Diebstahlbanden, die seit langer Zeit in G e r m a n i e in der Mark vorkommen, ist es jetzt durch Zufall der dortigen Kriminalpolizei gelungen, sieben Vorkämpfer, die unter dem Vorwande, Kleinholz zu verkaufen, Lebensmittel und Textilwarengeschäfte plünderten, zu verhaften.

Wiedereröffnung des Bandenführers Görlich. Ein gefahrvoller Räuber, der 25 Jahre alte Techniker Paul G e r l i c h, konnte nach langem Gegenwärtigen von Beamten der Berliner Kriminalpolizei festgenommen werden.

Warte Tageschronik.

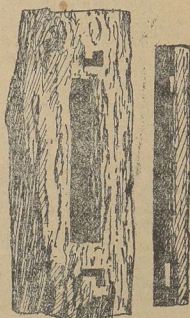
Stettin. Der deutsche Dampfer „Arthur Ammann“ wurde auf der Reede von Genoa von dem italienischen Dampfer „Anania“ angefahren und schwer beschädigt.

Berlin. Das Casablanca wird gemeldet, daß die Eisenbahngesellschaft der maroccanischen Eisenbahnen zum größten Teil die Arbeit niedergelegt haben.

Haus- und Landwirtschaftliches. Die Kloßbeute.

Obwohl nur wenige Menschen sie zu sehen bekommen, gibt es auch wilde Hohlbienen. Wo solche in Deutschland heutzutage vorkommen, kann es sich natürlich immer nur um verlassene Kossensienhöhlen handeln.

und die flüchtigen Insekten brauchen einen Schutz gegen Regen, gegen Sonnenstrahlen und gegen Winterkälte. Daher wohnen die Hohlbienen in gefestigten, in Erdlöchern, an häufigen in hohlen Bäumen. Sie erweitern diese Räume innen nach Bedarf und verfertigen die Öffnungen nach außen bis auf ein oder zwei Einflugschächel.



Die Hohlbienen brauchen einen Schutz gegen Regen, gegen Sonnenstrahlen und gegen Winterkälte. Daher wohnen die Hohlbienen in gefestigten, in Erdlöchern, an häufigen in hohlen Bäumen. Sie erweitern diese Räume innen nach Bedarf und verfertigen die Öffnungen nach außen bis auf ein oder zwei Einflugschächel.

Auf dieser Stufe hat sich die Bienenzucht in vielen Gegenden bis in die Neuzeit erhalten. Selbst in einzelnen Gegenden Deutschlands kann man heute noch — als Seltenheit — Kloßbeuten finden, wie sie in unsere Abwilderung Zeit. Sie sind nichts als hohle Baumstämme, aus denen im Zeit als Tür herausgepresst ist.

Das Kloßbeuten hat sich in diesem Zustand, bald auch in der Stammrindung. Die Tür wird mit zwei eisernen Haken eingehängt oder noch einfacher mit ein paar kleinen Spänen verteidigt. Wenn hierbei Luftspalten bleiben, so überläßt man den Bienen die Sorge, sie zu vertreiben. Heute, wo die kunstvollen Mobilbeuten der verschiedensten Systeme längst ihren Siegeszug durchzuführen, sind die Kloßbeuten, weil es uns kaum glaublich erscheinen, daß sich die Jäger jahrhundertlang mit solchen primitiven Höhlen beholfen haben, und doch ist es kaum zwei Menschenalter her, da gab es dort, wo die Strohhüpfel nicht heimisch waren, nur derartige Kloßbeuten.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

45. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Maria Christina verstaunte vor der feindseligen, kalten Miene der Mutter. Mit dem Ausdruck eines weidwund geschloffenen Lieres traten ihre Augen umher.

„Ich möchte jetzt schlafen, Mama!“ bat Maria Christina. Sie konnte die Unwohlsein der Mutter nicht ertragen; sie wurde dadurch aufs höchste erregt.

„Das ist mir sehr unangenehm! Hoffentlich ist er morgen wieder da.“ „Glücklicherweise ist, nach meiner Ansicht, die Unpäßlichkeit Ihrer Hebelei der Prinzessin Maria Christina ja nur gering leichter.“

„Ich werde mich selbst überzeugen.“ „Es würde ihr sehr unangenehm gewesen sein, wenn Christina jetzt krank würde — auf jeden Fall mußte dem

„Herr Doktor Jovers, der in Vertretung des Geheimrats Lohs kommt!“

Die Prinzessin-Mutter empfing ihn selbst, um den Mann zu sehen, dem sie die Behandlung ihrer Tochter anvertrauen mußte.

„Ich bin darum, Herr Doktor! Der Herr Geheimrat hat die Prinzessin, meine Tochter, bereits mehrmals behandelt und ist daher schon orientiert.“

„Das ist mir sehr unangenehm! Hoffentlich ist er morgen wieder da.“ „Glücklicherweise ist, nach meiner Ansicht, die Unpäßlichkeit Ihrer Hebelei der Prinzessin Maria Christina ja nur gering leichter.“

„Ich werde mich selbst überzeugen.“ „Es würde ihr sehr unangenehm gewesen sein, wenn Christina jetzt krank würde — auf jeden Fall mußte dem

„Herr Doktor Jovers, der in Vertretung des Geheimrats Lohs kommt!“ Die Prinzessin-Mutter empfing ihn selbst, um den Mann zu sehen, dem sie die Behandlung ihrer Tochter anvertrauen mußte.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch
Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und
die Briefträger, die Zeitungsboten und die
Verkaufsstellen, Torgauertstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-
störung usw. cessiert jeder Anspruch auf Lie-
ferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ
für Amts- und
Gemeinde-Behörden



Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im
amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil
15 Goldpfennig, einzeln umlagefrei. Schwerezei-
gel und labelartiger Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr. Anzeigen größerer Umfangs
werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezshalt.

Nr. 21.

Sonnabend, den 13. März 1926.

29. Jahrg.

Keine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat gegen den
Reichsinnenminister einen Misstrauensantrag eingebracht.
* Am Reichstagsausgang für die Not der Binger wurde die
Aufhebung der Reisefreiheit beschlossen.
* Mit einem neuartigen Verfahren erlangen Schaufenster-
diebstahl in Berlin Erfolge. Sie liegen auf der Straße gewaltige
Sprünger erprobieren und rauben in der erkrankten
Verwirrung einen in der Nähe liegenden Juwelierladen aus.
* In Genf hat sich die Lage erneut durch die Salzung Brasili-
ens ausweitend, das der Verteilung eines Sipes im Völk-
erbund an Deutschland nur dann zustimmen will, wenn aus
Brasilien ein Waffenstillstand ertönt.
* Alle Voraussetzungen sind bereit, die belächelten Behörden
nicht, den in die Kautschuk-Affäre verwickelten Holzmann an
die deutschen Gerichte auszuliefern.

Organisation der Arbeit.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist in Beglei-
tung einiger seiner Mitarbeiter nach London abgereist,
um an der am 15. März d. J. in London stattfindenden
Konferenz der europäischen Arbeitsminister teilzunehmen.
Was den Reichsarbeitsminister betrifft, so ist der
Friedensvertrag enthält in seinem 13. Teil sehr umfang-
reiche Bestimmungen über die „Organisation der Arbeit“.
Er enthält sehr weitgehende Bestimmungen sozialpoliti-
scher Art, wie Regelung der Arbeitszeit, des Arbeitsmarktes
und der Arbeitslosigkeit, Sicherstellung des Lohnes und
angemessene Arbeitsbedingungen. Auch der Kinder-,
Jugendlichen- und Frauenarbeit usw. usw. zum größten
Teil Dinge, die uns weniger interessieren, weil sie in
Deutschland längst durchgeführt sind. Neu war nur
die Schaffung des Internationalen Arbeitsamtes in
Genf, bei dem übrigens Deutschland schon jetzt ver-
treten ist, auch ohne Mitglied des Völkerbundes zu sein,
sowohl das Arbeitsamt als Bestandteil des Bundes ist.
Die Kardinialfrage ist der Arbeit in den Ver-
einigten Staaten, jene Forderung, die durch Karl Marx und
Lehrmeister der Sozialdemokratie, tief in die Massen hin-
eingetragen worden ist und zu einer Art Palladium wurde,
so sehr, daß dabei nicht nur das wirtschaftlich-sozialpoli-
tische Maß und Maß der Rolle spielt, sondern auch
das Klassenkampf-politische. Dadurch wird die Regelung
dieser Frage so erschwert, und wenn das Washing-
toner Abkommen, das sich grundsätzlich
grundsätzlich — auf den Boden der achtstündigen
Arbeitszeit stellt, bisher noch von seinem Staat ratifiziert
worden ist, so ist es eben darum, weil man nicht bloß
wirtschaftlich, sondern auch politisch gegensätzlicher Mei-
nung bei Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist. Die deutschen
Gewerkschaften verlangen die Ratifizierung des Washing-
toner Abkommens, die auf der internationalen Kon-
ferenz in London verhandelt werden soll. Die deutsche
Arbeitgeberorganisation führt gegen den schematischen Ar-
beitsmarktarbeitsamt allgemeine-wirtschaftliche Gründe an,
dann aber auch den Einwand, Deutschland habe derzeit
erhebliche finanzielle Verpflichtungen an die Entente-
mächte, daß diese Verpflichtungen nur durch beschä-
digte Produktion erfüllt werden können. Diesen Ein-
würfen wird von der anderen Seite entgegengehalten,
daß Verlängerung der Arbeitszeit gar nicht identisch
mit erhöhter Rentabilität der Arbeit — was eine auf rein
experimentell-wissenschaftlichem Boden zu löbende Streit-
frage ist. Man sucht verlässigerweise dem jetzt be-
stimmten durch Unterscheidung in der Qualität der Arbeit
selbst, dann durch Unterscheidung zwischen Arbeit
und Arbeitsbereitschaft.

Wenn jetzt der deutsche Arbeitsminister Dr. Brauns
nach London gefahren ist, so führt er aber dort noch auf
eine andere Schwierigkeit: fast jeder Staat erklärt, er
würde das Washingtoner Abkommen ganz gern ratifi-
zieren, wenn erst — die andere Seite ratifiziert haben. Dazu
kann man noch die Schwierigkeit hinzufügen, daß z. B. in Frank-
reich und Belgien Arbeitszeitbestimmungen bestehen,
die ungleich mit dem Abkommen zu vereinbaren sind,
aber weit über die 48-Stunden-Arbeitswoche hinausgehen,
weil sie der Wichtigkeit, Überstunden einzuschalten, weite-
sten Spielraum geben.
Ganz abgesehen von den besonderen internationalen
Verpflichtungen Deutschlands und den daraus sich ergebenden
Folgerungen dürfte aber die Frage der Arbeitszeit
überhaupt nicht gefordert betrachtet, sondern müsste in die
gesamte Sozialpolitik hineingestellt werden. Daraus
folgt aber ohne weiteres, daß auch die anderen Staaten
jene sozialpolitischen Fortschritte nachzuholen haben,
die Deutschland schon längst getan hat; daß sie die gleichen
sozialpolitischen Lasten auf sich nehmen wie die deutsche
Wirtschaft. Nur unter dieser Bedingung kann man an

das Problem der internationalen Kontrolle herangehen,
das natürlich sehr schwierig ist. Andere Schwierigkeiten
auch bei der Regelung der Arbeitszeitfrage sind z. B. die
klimatisch-geographischen Verhältnisse, die sich namentlich
bei der Saisonarbeit auswirken, ferner die Ver-
schiedenheiten der Betriebskraft, weiter die Verschieden-
heit der Sonntagsarbeit usw.
Die Londoner Konferenz sieht also die Aufgabe vor
sich, den natürlich sehr weit gefassten Bestimmungen des
Washingtoner Abkommens zunächst einmal eine Art von
einheitlicher Auslegung zu geben, also sozusagen einen
Kommentar dazu zu vereinbaren. Das ist auch deswegen
notwendig, weil wir in Deutschland mitten drin sind in
einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeitfrage, worauf
natürlich die Beschlässe der Londoner Konferenz von sehr
erheblichem Einfluß sein müssen.

Neue Völkerbundreise.

Brasilien als Störenfried.

Der Hauptschlag auf den Tisch

Die Aufnahmekommission des Völkerbundes hat am
Donnerstag vormittag in einer kurzen Sitzung den ihr
vom Unterausschuß vorgelegten Bericht über die Auf-
nahme Deutschlands in den Völkerbund ohne Aus-
sprache einstimmig genehmigt.
Der Vorsitzende der englische Außenminister
Chamberlain, wird der Vollversammlung des
Völkerbundes über diesen Beschuß Bericht erstatten. Da-
mit sind die vorbereitenden Verhandlungen für die Auf-
nahme Deutschlands in den Völkerbund abgeschlossen und
es steht nunmehr der Vollversammlung offen, die Auf-
nahme Deutschlands mit Zweidrittelmehrheit zu be-
schließen. Von den weiteren Verhandlungen
weiterung des Rats wird die Einberufung
sammung abhängen.
Allerdings ist es noch immer fraglich, ob
überhaupt sein Gehör am Eintritt in den Vö-
lkerbund, da der Kampf um die
wehementester Festigkeit weitergeführt wird.
Sonderberichterstatter des „Reit Pariser“ um
Konflikt in Genf weist über die deutschen
hinsgewandt ist. Es handelt sich jetzt um
einen Zwiespalt zwischen Frankreich und
den einerseits um Deutschland andererseits,
eine ernste Verfassungskrise, die
Gebäude des Völkerbundes zu zerfallen dro-
hen der Generalsekretär des Völkerbundes
des Völkerbundes gegeben hat, ihr acht
verlaufen. Der schwedische Delegierte
Verlaufe der Aussprache, die über die Rats-
geführt wurden, mit der Frau auf den
sich sagen und erklärt, Schweden werde ge-
weiterung des Rats über Deutschland hin-
einlegen. Diese Stellungnahme sei ent-
schütterlich. Der brasilianische Delegierte er-
hört, daß Brasilien in diesem Falle nicht in
Völkerbunde austreten, sondern aus sein
die Ausnahme Deutschlands ein

Schwere Komplikation.

In der Tat ist durch die Stellungnahme
Genf eine schwere Komplikation be-
treten. Der Vertreter Brasiliens hat sofort
seinen Ministerpräsidenten Briand, der sich vor
eingefunden hat, wie dem Reichstagskanzler Dr.
eine dahingehende Erklärung abgegeben, daß die brasil-
ianische Delegation die Zustimmung habe, gegen den schäd-
lichen Ratsbeschuß zu stimmen, wenn nicht zugleich
für Brasilien ein fändiger Ratsbeschuß festgestellt werde.
Inzwischen ist in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß
Brasilien seinerzeit auch gegen die Verteilung eines Rats-
sitzes an Spanien gekämpft hat und hierdurch den spani-
schen Anspruch vereitelte. In Völkerbundfreien, die gute
Beziehungen zur deutschen Delegation unterhalten, wird
darauf hingewiesen, daß, wenn Brasilien mit seinem
Entschluß hängen sollte, Deutschland seinen Auf-
nahmeantrag zurückziehen würde, der nur unter
der Voraussetzung der Zustimmung eines fändigen Rats-
sitzes für Deutschland gestellt worden ist. Zudem hat Brasilien
gefordert, aus dem Völkerbund auszuscheiden und
den Handelsvertrag mit Schweden zu kündigen, falls seine
Forderungen nicht erfüllt würden.

Briand soll helfen!

In Völkerbundfreien sind jetzt aller Augen auf Bri-
and gerichtet, der Verhandlungen mit Chamberlain so-
wie dem französischen und politischen Vertreter hatte. Man
hofft, daß es seiner Autorität und seiner Überredungs-
kraft gelingen wird, irgendeinen Ausweg aus der Krise
zu finden. Briand wird in seinen Bemühungen natürlich
von Chamberlain unterstützt, der sich selbstamerweise ziem-
lich im Hintergrund hält.

Die nächste Sitzung der Völkerbund ver-
sammlung ist auf Sonnabend mittag angelegt worden.
Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht jedoch vor-
läufig nur die Frage der Errichtung eines Verfallungs-
gebäudes für den Völkerbund.

Die Abfindung der Fürstendhäuser.

Kompromittierung der Regierungsparteien.
Das Kompromittierung der Regierungsparteien über die Fürst-
abfindung, das in den letzten Tagen im Reichsjustizministerium
in Geheimschrift getrieben worden ist, liegt jetzt im Bortau vor.
Der Bortau best hat inhaltlich mit den Vereinbarungen,
die vor Beginn des Volksbegehrens zwischen den Führern der
beteiligten Parteien getroffen worden sind, ein Reichs-
gericht, dessen Sitz in Leipzig und dessen Vorsitzender der
Reichsgerichtspräsident ist und dem acht weitere Mitglieder
angehören, von denen vier Berufs- und vier Laienrichter sein
müssen, entscheidet als einzige Instanz über alle Ausein-
setzungen zwischen Ländern und vormals regierenden Fürsten-
häusern. Die Verhandlungen vor diesem Sondergericht sind
öffentlich und rechtskräftig für und gegen alle Mitglieder der
Fürstendhäuser, auch wenn sie eine Beteiligung an dem Ver-
fahren abgelehnt haben. Das Sondergericht soll in allen Fällen
zuerst einen öffentlichen Ausschuss berufen. Scheitert
der Versuch, so bestimmt das Gesetz das Verfahren nach
freiem Ermessen.

Kapitalberände oder Rentenabfindungen, die auf Grund eines
Urteils des Sondergerichtes oder auf Grund eines Vergleiches
von einem Land an ein vormals regierendes Fürstentum oder
eines seiner Mitglieder zu zahlen sind, dürfen von der em-
pfangenden Partei bis 1920 nur für ihre privatrecht-
lichen Verbindlichkeiten oder für kulturelle
oder wissenschaftliche Zwecke verwendet werden. Die Unter-
nehmenskapital im Ausland nur bei Ge-
heimhaltung. Bei Zuwiderhandlungen
kann das Land die Rente oder
Einnahme einbehalten, oder ein Verbot
erlassen.

Die Rundschau des Reichs.

Präsidenten.
Die Reichspräsidenten haben in
ihren letzten Tagen eine Reihe
von Besuchen unternommen.
In Berlin hat er den Reichs-
präsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Bonn hat er den
Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Köln hat er den
Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Frankfurt hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Leipzig hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Dresden hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Chemnitz hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Bielefeld hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Münster hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Hamm hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Paderborn hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Detmold hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Lippstadt hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Bielefeld hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Hamm hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Paderborn hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Detmold hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht. In Lippstadt hat er
den Reichspräsidenten, den Reichspräsidenten
und den Reichspräsidenten
besucht.

Der Bischof von Passau gegen den Volksentscheid.
Die Passauer Donauzeitung veröffentlicht eine Kund-
gebung des Bischofs Egidius Ritter zur Fürstentum-
abfindung, in der es heißt: Als berufliche Hüter des gött-
lichen Sittengesetzes obliegt mir die Pflicht, mit aller Ent-
schiedenheit zu erklären, daß in der Beteiligung an diesem
Volksbegehren eine Veräußerung, und zwar,
wenn die Beteiligung eine überlegte und absichtliche ist,
eine schwere Veräußerung gegen das Gebot Gottes
vorliegt. In der Durchföhrung eines solchen Be-
gehrens wäre der erste Schritt zur Aufhebung des Eigen-
tums überhaupt und es wäre damit auch der Ver-
wundung der Kirchen, kirchlichen Ämtern und Stiftun-
gen sowie der wirtschaftlichen Enttarnung jeden Privatbe-

Colorchecker CLASSIC